Niederschrift

über die 5. Sitzung des Finanzausschusses am 19. Juli 2011

Anwesend:

Die Vorsitzende:

Tillmanns, Sofia, Geilenkirchen

a) Kreistagsmitglieder

Beckers, Franz-Josef, Wassenberg

Eßer, Herbert, Heinsberg

Jansen, Franz-Michael, Geilenkirchen

Przibylla, Siegfried, Erkelenz

Moll, Dietmar, Hückelhoven,

Schlößer, Harald, Erkelenz

Stock, Michael, Wegberg

Dr. Thesling, Hans-Josef, Heinsberg **

Tholen, Heinz-Theo, Waldfeucht

Vergossen, Heinz-Theo, Heinsberg

Von der Verwaltung:

Kreisdirektor Deckers, Peter

Schöpgens, Ludwig

Machat, Liesel

Schmitz, Michael

Es fehlte:

Nelsbach, Thomas, Wegberg*

* entschuldigt

** ab TOP 2

b) sachkundige Bürger

Lenz, Christian, Hückelhoven

Mingers, Manfred, Geilenkirchen

Nix, Hans-Jürgen, Hückelhoven

Thomassen, Karl-Peter als Vertreter für
Nelsbach, Thomas, Wegberg

Niederschrift über die 5. Sitzung des
Finanzausschusses am 19. Juli 2011

Der Finanzausschuss des Kreistages des Kreises Heinsberg versammelt sich heute im kleinen Sitzungssaal des Kreishauses in Heinsberg, um über folgende Tagesordnung zu beraten und zu beschließen:

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1. Bericht über Eckpunkte des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010
2. Bericht über die voraussichtliche Abwicklung des Kreishaushaltes 2011
3. Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 01.06.2011 zur Entlastung der kreisangehörigen Kommunen bei der Kreisumlage
4. Anfragen

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass Herr Karl-Peter Thomassen, der als Vertreter für Herrn Thomas Nelsbach anwesend ist, bisher nicht verpflichtet wurde.

Sie weist ferner darauf hin, dass Mitglieder eines Ausschusses des Kreistages, die nicht gleichzeitig dem Kreistag angehören, ebenso wie die Mitglieder des Kreistages im Rahmen der Ausübung ihrer Ausschussmitgliedschaft zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet sind. In analoger Anwendung des § 46 Abs. 3 Kreisordnung NW über die Einführung der Kreistagsmitglieder sind die sachkundigen Bürger ebenfalls zu verpflichten. Zum sachkundigen Bürger wurde von der UB-UWG Fraktion Herr Karl-Peter Thomassen als Vertreter für Herrn Thomas Nelsbach benannt, der zur heutigen Sitzung verhindert ist.

Die Vorsitzende, Frau Tillmanns, verpflichtet Herrn Thomassen. Über die Verpflichtung wird eine Niederschrift gefertigt, die dem Original der Niederschrift beigelegt ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Ausschussvorsitzende, Frau Tillmanns, die allen Ausschussmitgliedern vorliegende Tagesordnung, die ordnungsgemäße Einberufung der Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 1:

Bericht über Eckpunkte des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Finanzausschuss	19.07.2011
Kreisausschuss	22.09.2011
Kreistag	29.09.2011

Finanzielle Auswirkungen	ja

Leitbildrelevanz	nein

Frau Vorsitzende Tillmanns erteilt Herrn Schmitz das Wort.

Herr Schmitz erläutert die Eckpunkte des Jahresabschlusses 2010. Nach den aktuellen Auswertungen und vorbehaltlich der noch ausstehenden Jahresabschlussprüfung sei von einem Fehlbetrag in Höhe von rd. 100.000 bis 160.000 Euro auszugehen.

Nach Auffassung von Herrn Schmitz ist das voraussichtliche Ergebnis 2010 nahezu eine Punktlandung. Bei einer geplanten Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 3 Mio. Euro beträgt die Ergebnisabweichung prozentual zum fortgeschriebenen Haushaltsvolumen von ca. 245 Mio. Euro nur 1,15%.

Die wesentlichen Gründe für die Verbesserungen werden von Herrn Schmitz dargelegt.

Weiterhin informiert er über die geplante Beratungsfolge zur Einbringung des Entwurfs des Jahresabschlusses 2010 und die Feststellung des Jahresabschlusses 2009. Obwohl ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk für 2009 vorliegt, hat die Verwaltung noch keine Beschlussvorlage zur Feststellung erstellt. Grund hierfür ist eine erhoffte Gesetzesänderung, die es ermöglichen könnte, den Jahresüberschuss 2009 ggf. ganz oder teilweise der Ausgleichsrücklage zuzuführen. Diese Chance möchte der Kreis auch im Interesse der Städte und Gemeinden wahren. Nach derzeitigen Erkenntnissen ist nicht mehr mit einer rechtzeitigen Gesetzesänderung zu ändern. Dann müsse der Jahresüberschuss mit entsprechender Beschlussfassung durch den Kreistag der allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen von Herrn Schmitz zur Kenntnis. Der Bericht ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 2:

Bericht über die voraussichtliche Abwicklung des Kreishaushaltes 2011

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Finanzausschuss	19.07.2011

Finanzielle Auswirkungen	ja

Leitbildrelevanz	nein

Frau Tillmanns erteilt Herrn Kreiskämmerer Schöpgens das Wort. Er weist auf die als Tischvorlage ausgelegte Übersicht zu den voraussichtlichen Abweichungen von Ansätzen im Haushaltsplan 2011 hin, die der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt ist.

Herr Schöpgens berichtet, dass in der Überprüfung der Haushaltsansätze die Ergebnisse der Fachämter aus der ersten Hälfte des Jahres 2011 berücksichtigt sind. In einigen Bereichen, beispielsweise im Finanzausgleich, bei den ÖPNV-Kosten und den Erträgen aus Gewinnen der Versorgungsunternehmen konnten bereits endgültige Werte für den Haushalt 2011 zugrunde gelegt werden. Insgesamt zeige sich eine erfreuliche Entwicklung mit einer geschätzten Verbesserung von rd. 2 Mio. Euro. In seinen Ausführungen zu den wesentlichen Haushaltsveränderungen stellt Herr Schöpgens auch die Gründe für die Verbesserungen in Höhe von rd. 927.000 Euro bei den ÖPNV-Kosten dar. Aufgrund verschiedener Sondereffekte lag der im Frühjahr 2011 endgültig festgestellte ÖPNV-Verlust bei rd. 3,8 Mio. Euro. Der Kreis hatte für die Haushaltsplanung das am 2.12.2010 im Aufsichtsrat der west vorgestellte voraussichtliche Ergebnis mit einem Verlust von ca. 4,7 Mio. Euro zugrunde gelegt. Das endgültige Ergebnis wurde der Verwaltung so spät bekannt, dass es bei der Planung nicht mehr berücksichtigt werden konnte.

Weiterhin erläutert Herr Schöpgens die prognostizierten Veränderungen im sozialen Bereich. Für das neu hinzugekommene Bildungs- und Teilhabepaket geht die Verwaltung derzeit davon aus, dass den Mehrerträgen entsprechende Mehraufwendungen gegenüber stehen werden. Weitere Verbesserungen könnten sich durch eine Nachzahlung des Landes NRW bei den Wohngeldentlastungen für das Jahr 2010 ergeben, wenn das Klageverfahren erfolgreich abgeschlossen wird. Hierzu ergeben sich in der anschließenden Diskussion einige Fragen. Herr Kreisdirektor Deckers erklärt, dass die Klage nach Auffassung der Verwaltung Aussicht auf Erfolg habe. Die voraussichtliche Dauer des Klageverfahrens sei derzeit nicht abschätzbar.

Herr Dr. Thesling weist darauf hin, dass der Antrag der CDU-Fraktion (Tagesordnungspunkt 3 der heutigen Sitzung) nicht darauf abziele, die Mehrerträge 2011 aus dem Anteil an der Wohngeldentlastung des Landes an die kreisangehörigen Kommunen auszuschütten.

Die CDU-Fraktion möchte jedoch bereits jetzt ihre Haltung zum Ausdruck bringen, dass eventuelle Nachzahlungen an den Kreis für das Jahr 2010 ebenfalls an die Kommunen weitergeleitet werden sollen.

Auf die Frage von Frau Tillmanns nach den Inhalten der sonstigen Leistungen nach dem SGB XII erklärt Frau Dezernentin Machat, dass es sich hierbei um Leistungen der kommunalen Eingliederungshilfe handelt, z.B. Schuldnerberatung, Umzugskosten, Kosten der Erstausrüstung und Bekleidungskosten. Ergänzend informiert Frau Machat über den aktuellen Stand zur Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes. Erst mit der für den 22.07.2011 erwarteten Zuständigkeitsverordnung könnten die vorliegenden Anträge bearbeitet werden.

Nach Beantwortung der Fragen zu einzelnen Punkten des Vortrags von Herrn Schöpgens nimmt der Finanzausschuss den Bericht über die voraussichtliche Abwicklung des Kreishaushaltes 2011 zur Kenntnis.

Die Ausführungen von Herrn Schöpgens sind dieser Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 3:

Antrag der CDU-Kreistagsfraktion vom 01.06.2011 über die Entlastung der kreisangehörigen Kommunen bei der Kreisumlage

Beratungsfolge	Sitzungstermin
Finanzausschuss	19.07.2011
Kreisausschuss	22.09.2011
Kreistag	29.09.2011

Finanzielle Auswirkungen	ja

Leitbildrelevanz	nein

Herr Dr. Thesling nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion, der dem Original der Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Er erklärt, dass die CDU-Kreistagsfraktion eine Entlastung der kreisangehörigen Kommunen in Höhe der ersparten ÖPNV-Aufwendungen von rund 1 Mio. Euro für erforderlich hält. Dies sei zu vertreten, da die Kreisumlage für 2011 entsprechend niedriger veranschlagt worden wäre, wenn die Höhe des tatsächlichen Verkehrsverlustes 2010 noch rechtzeitig für die Haushaltsplanung bekannt geworden wäre.

Herr Schöpgens bestätigt diese Auffassung. Nach Berechnungen der Verwaltung ergibt sich ein Betrag von 927.097,09 Euro, der zu erstatten wäre. In der praktischen Umsetzung kann die Entlastung beim nächsten Zahlungstermin für die Kreisumlage am 30.09.2011 berücksichtigt werden.

Nach kurzer Diskussion schlägt der Finanzausschuss dem Kreisausschuss einstimmig vor, zu beschließen, die Einsparung bei den ÖPNV-Aufwendungen in Höhe von 927.097,09 Euro in der Relation der Umlagegrundlagen im Rahmen der nächsten Abschlagszahlung zur Kreisumlage an die Städten und Gemeinden zu erstatten.

Öffentliche Sitzung:

Tagesordnungspunkt 4:

Anfragen

Beratungsfolge	Sitzungstermin

Finanzielle Auswirkungen	nein

Leitbildrelevanz	nein

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 18:35 Uhr.

gez.
Tillmanns
Ausschussvorsitzende

gez.
Schöpgens
Schriftführer

Finanzausschusssitzung am 19. Juli 2011
zu Tagesordnungspunkt 1:
Bericht über Eckpunkte des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,
sehr geehrte Herren,

die Verwaltungsarbeiten zur Aufstellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2010 haben in den letzten Tagen einen Zwischenstand erreicht, der es ermöglicht, heute über die Eckpunkte zu berichten.

Nach den aktuellen Auswertungen wird das Jahr 2010 mit einem Fehlbetrag abschließen.

Der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung, d.h. in der Gegenüberstellung der Erträge und Aufwendungen, wird voraussichtlich zwischen 100.000 und 160.000 Euro liegen.

Da der Haushalt nach den gesetzlichen Vorgaben sowohl in der Planung als auch im Ergebnis ausgeglichen sein muss, wird der Fehlbetrag durch eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage zu decken sein.

Nach der Haushaltsplanung 2010 war eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 3 Mio. € vorgesehen. Damit wird das Jahr 2010 rund 2,8 bis 2,9 Mio. € besser abschließen, als es nach der Haushaltsplanung erwartet wurde.

Wenn man die Ergebnisabweichung als absolute Zahl betrachtet, dann erscheint sie recht hoch; prozentual gesehen liegt eine Ergebnisabweichung bei einem Haushaltsvolumen von ca. 245 Mio. € von nur 1,15 % vor. Damit kann man meines Erachtens durchaus von einer Punktlandung sprechen.

Bereits in der Sitzung des Finanzausschusses am 06.12. 2010 hatte Herr Kreiskämmerer Schöpgens über die voraussichtliche Abwicklung des Jahres 2010 berichtet und hierbei auf die insgesamt positive Entwicklung des Haushaltsjahres hingewiesen. Die Prognose von Herrn Schöpgens, dass die geplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage nicht durchgeführt werden müsse, trifft damit zu. Die

Finanzausschusssitzung am 19. Juli 2011
zu Tagesordnungspunkt 1:
Bericht über Eckpunkte des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010

Ausgleichsrücklage bleibt durch den geringen Fehlbetrag für 2010 nahezu unverändert.

Wie kommt es bei der Abwicklung des Haushalts zu einer solchen Verbesserung? Hierfür sind verschiedene Gründe zu nennen:

Als erstes muss man nochmals auf den Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2010 zurückblicken:

Die einzelnen Fachbereiche der Kreisverwaltung haben ihre Planung für 2010 im September 2009 aufgestellt. Zu diesem Zeitpunkt musste - nach allen Informationen, die uns zur Verfügung standen - erwartet werden, dass sich die Wirtschaftskrise in 2010 fortsetzen wird.

In den renommierten Wirtschaftsprognosen wurde nach einem Rückgang des Wirtschaftswachstums von 5 bis 6 % für 2009 eine weitere Stagnation oder allenfalls nur ein minimales Wachstum für 2010 vorhergesagt.

Unter diesen schlechten wirtschaftlichen Vorzeichen wurde nicht nur der Haushalt 2009 sondern auch der Haushaltsplan 2010 aufgestellt. Wider Erwarten aber doch sehr erfreulich ist es in 2010 für die Wirtschaft und für den Kreis Heinsberg besser gelaufen.

Unter anderem ergeben sich für 2010 Ergebnisverbesserungen im sozialen Bereich und im Bereich der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe. Zu nennen sind hier beispielsweise

- Mehrerträge bei den übergeleiteten Unterhaltsansprüchen,
- bei den Erstattungsansprüchen für die Hilfe zum Lebensunterhalt sowie für die Hilfe zur Pflege und
- Mehreinnahmen bei den Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen.

Finanzausschusssitzung am 19. Juli 2011
zu Tagesordnungspunkt 1:
Bericht über Eckpunkte des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010

Auf der Aufwandsseite sind Einsparungen bei den Sozialtransferaufwendungen, bei den Kosten der Unterkunft und einmaligen Leistungen sowie der Kosten für die Übernahme der Krankenbehandlung nach dem SGB V zu nennen.

Nicht nur der Bereich Jugend und Soziales hat zu den Verbesserungen im Jahresabschluss beigetragen. Aus den weiteren Haushaltsbereichen möchte ich folgende Eckpunkte nennen:

Bei den Verkehrsordnungswidrigkeiten hat es höhere Einnahmen aus Bußgeldern gegeben.

Die im Rahmen des NKF-Rechnungswesens vorgeschriebene Verbuchung von aktivierbaren Eigenleistungen, also die Kostenanteile für eigenes Personal zur Herstellung von Vermögen, brachte einen wesentlichen Mehrertrag im Vergleich zu den vorgesehenen Ansätzen in der Planung.

Im Bereich der allgemeinen Finanzwirtschaft sind Mehreinnahmen bei den Schlüsselzuweisungen, bei den Gewinnausschüttungen von Beteiligungen des Kreises und geringere Zinsaufwendungen für Kreditverpflichtungen entstanden.

Auch bei anderen Aufwandsarten gab es ebenfalls Verbesserungen, so z.B. im Personalbereich. Aufgrund der Tarifabschlüsse und der Nichtbesetzung freiwerdender Stellen wurden Personalkosten eingespart.

Als weiteren Grund für die Verbesserung möchte ich die Philosophie des Kreises Heinsberg nennen, dass nicht jeder Ansatz auf der Aufwandsseite tatsächlich voll ausgeschöpft wird. Im Bereich der Sach- und Dienstleistungen spiegelt sich dieser Leitgedanke besonders wieder; hier kam es zu nennenswerten Einsparungen, z.B.:

- geringere Kosten für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen

Finanzausschusssitzung am 19. Juli 2011
zu Tagesordnungspunkt 1:
Bericht über Eckpunkte des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010

- geringere Kosten für die Unterhaltung der Fahrzeuge und des sonstigen beweglichen Vermögens sowie Einsparungen bei Verbrauchsmaterialien
- geringere Schülerbeförderungskosten
- Einsparungen bei den Bewirtschaftungskosten (Kosten für Energie, Reinigung und Versicherung)
- geringere Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen, u.a. im Bereich der Neuvermessungen, der EDV-Dienstleistungen und der Landschaftsplanung

Weitere Verbesserungen gab es durch geringere Kosten für ÖPNV, Telekommunikation, Porto und Zustellung sowie für Öffentlichkeitsarbeit.

Abschließend möchte ich erwähnen, dass es sich um ein vorläufiges Ergebnis handelt, das noch vom Rechnungsprüfungsamt und von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und bestätigt werden muss. Änderungen sind damit nicht ausgeschlossen.

Mit Blick auf die Finanzrechnung 2010 kann festgestellt werden, dass sich der Jahresabschluss 2010 positiv auf die Liquidität ausgewirkt hat. Die Liquidität stieg um rund 7,7 Mio. €; es mussten keine Kredite aufgenommen werden. Angesichts der langfristigen Liquiditätsbelastungen des Kreises, wie Kosten für die Deponienachsorge und Pensionslasten, ist diese Liquidität aber auch nötig und keinesfalls unangemessen.

Jetzt noch einige Informationen zum Verfahren:

Der Entwurf des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010 wird aller Voraussicht nach am 22.09.2011 in den Kreisausschuss eingebracht. Es wird vorgeschlagen, dass der Kreistag im Anschluss daran am 29.9.2011 den Entwurf zur Kenntnisnahme erhält und zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss abgibt.

Finanzausschusssitzung am 19. Juli 2011
zu Tagesordnungspunkt 1:
Bericht über Eckpunkte des Jahresabschlusses für das Haushaltsjahr 2010

Bevor eine Feststellung des Jahresabschlusses 2010 durch den Kreistag erfolgen kann, muss aber zuerst der Jahresabschluss 2009 festgestellt werden.

Bisher hat die Verwaltung den Abschluss 2009 trotz vorliegendem Bestätigungsvermerk noch nicht in den Kreistag eingebracht.

Grund hierfür war ein Vorschlag der Landesregierung aus der NKF-Evaluierung, die gesetzlichen Vorschriften zur Ausgleichsrücklage anzupassen. Durch eine Gesetzesänderung könnte der Jahresüberschuss 2009 ggf. ganz oder teilweise der Ausgleichsrücklage zugeführt werden.

Diese Chance möchte die Verwaltung auch im Interesse der Städte und Gemeinden möglichst lange wahren. Nach den derzeitigen Erkenntnissen wird eine Gesetzesänderung in diesem Jahr aber immer unwahrscheinlicher. Dann müsste der Jahresüberschuss für das Jahr 2009 in Höhe von rund 5,9 Mio. € der allgemeinen Rücklage zugeführt werden.

Für die weiteren haushaltspolitischen Überlegungen muss daher ein Bestand der Ausgleichsrücklage zum 31.12.2010 von rund 21,9 Mio. Euro angenommen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Voraussichtliche Abweichungen von Ansätzen im Haushaltsplan 2011

Konsumtiver Bereich

Bezeichnung	Ansatz alt €	Ansatz neu €	Veränderungen		Haushaltsbelastung (-) oder - entlastung ( ) €
			Ertrag €	Aufwand €	
Bußgelder und Gebühren für Verkehrs- ordnungswidrigkeiten	1.400.000	1.600.000	200.000		200.000
Ordnungsamtsgebühren	60.000	75.000	15.000		15.000
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Ordnungsamtes	33.000	40.500		7.500	-7.500
Verwaltungsgebühren der Kreispolizeibehörde	20.000	10.000	-10.000		-10.000
Schülerfahrtkosten	1.897.000	1.837.800		-59.200	59.200
Entgelte der Kreismusikschule	643.900	623.900	-20.000		} -3.900
Kostenerstattungen/Umlagen Kreismusikschule	74.300	82.300	8.000		
Kreisumlage Mehrbelastung Kreismusikschule	392.820	400.920	8.100		
Aufwand für Abstufung K 27	0	83.600		83.600	-83.600
Gebühren des Kataster- und Vermessungsamtes	530.000	651.000	121.000		121.000
Gewinnausschüttung Kreiswerke Heinsberg	2.634.105	2.599.030	-35.075		} 33.075
Kapitalertragssteuer Kreiswerke Heinsberg	68.150	0		-68.150	
Gewinnausschüttung EWV	475.200	586.500	111.300		} 93.700
Kapitalertragssteuer EWV	75.200	92.800		17.600	
Kosten des ÖPNV	4.694.500	3.767.500		-927.000	927.000
				Übertrag:	1.343.975

Bezeichnung	Ansatz alt €	Ansatz neu €	Veränderungen		Haushaltsbelastung (-) oder - entlastung ( ) €
			Ertrag €	Aufwand €	
				Übertrag:	1.343.975
Aufwand Kosten von Unterkunft und Heizung SGB II	35.000.000	34.560.000		-440.000	} -60.100
Bundesbeteiligung Kosten von Unterkunft und Heizung	8.575.000	8.467.200	-107.800		
Zuschussbedarf sonstige Aufwendungen SGB II	2.781.600	3.173.900		392.300	
Zuschussbedarf Grundsicherung im Alter SGB XII	8.349.800	8.689.500		339.700	} -842.000
Zuschussbedarf Hilfe zur Pflege SGB XII	7.252.800	7.645.300		392.500	
Zuschussbedarf sonstige Leistungen nach SGB XII	5.362.800	5.472.600		109.800	
Zuschussbedarf Pflegegeld	6.457.950	6.920.950		463.000	-463.000
Anteil an der Wohngeldentlastung des Landes	1.600.000	2.545.360	945.360		945.360
Kostenerstattung an andere Jugendhilfeträger	0	500.000		500.000	} -96.000
Kreisumlage Mehrbelastung Jugendamt	18.900.000	19.340.000	404.000		
Schlüsselzuweisungen	27.057.700	25.937.820	-1.119.880		} 1.064.230
Kreisumlage - allgemein	114.931.050	117.979.890	3.048.840		
Kreisumlage Mehrbelastung Kreisgymnasium	876.790	902.160	25.370		
Landschaftsumlage	45.325.650	46.215.750		890.100	
			Zwischensumme:		1.892.465
			Hierin enthaltene sektorale Veränderungen:		<u>-63.430</u>
			allgemeiner Haushalt S u m m e:		<u>1.955.895</u>

Bildungs- und Teilhabepaket					
<u>nachrichtlich:</u>					
Bildungs- und Teilhabepaket		Erträge	Aufwand		Differenz
Personal- und Sachkosten SGB II	1,0%	345.600	245.000		100.600
Personal- und Sachkosten in anderen Bereichen	0,2%	69.120	10.500		58.620
Zuschlag Warmwasserbereitung	1,9%	656.640	650.000		6.640
Leistungen Bildungs- und Teilhabeprogramm	5,4%	1.866.240	1.866.240	*	0
Mittagessen im Hort/Schulsozialarbeit	2,8%	967.680	967.680	*	0
S u m m e:					165.860

* Der Aufwand wurde geschätzt!

Anmerkung:

Die Prozentwerte beziehen sich auf den Aufwand für die Kosten von Unterkunft und Heizung (SGB II), der nach aktueller Hochrechnung (vgl. Blatt 2, oben) mit 34.560.000 € angenommen wird.

Bericht über die voraussichtliche Abwicklung des Kreis- haushalts 2011

Frau Vorsitzende, meine Herren,

die Finanzabteilung hat in den letzten Wochen mit Unterstützung der verschiedenen Fachämter eine umfassende Überprüfung der Haushaltsansätze vorgenommen. Die dabei festgestellten wesentlichen Abweichungen sind in der Übersicht ausgewiesen, die wir für Sie heute als Tischvorlage ausgelegt haben.

Zum Zeitpunkt der Überprüfung konnten die Ergebnisse für die erste Hälfte des Jahres 2011 berücksichtigt werden. So können wir davon ausgehen, dass die tatsächliche Entwicklung auch für den Rest des Jahres recht gut eingeschätzt werden kann.

Wesentliche Bereiche des Haushaltes lassen sich hinsichtlich der Entwicklung der Erträge oder der Aufwendungen nämlich nach Vorliegen der Werte für das 1. Halbjahr nunmehr sehr gut hochrechnen oder liegen in vielen Fällen bereits endgültig fest.

Letzteres gilt insbesondere für den Finanzausgleich, wo wir bei der Haushaltsplanung noch von Orientierungsdaten ausgehen mussten. Hier sind die endgültigen Werte inzwischen bekannt. Auch für den Personalaufwand lässt sich heute feststellen, dass wir uns im Bereich der Veranschlagung bewegen. Fest stehen mittlerweile auch etwa die Höhe des ÖPNV-Aufwandes und die Erträge aus den Gewinnen der Versorgungsunternehmen, an denen wir beteiligt sind.

Im sozialen Bereich wiederum kann das Fachamt die weitere Entwicklung nach Vorliegen der Ergebnisse für die ersten sechs Monate nunmehr gut prognostizieren.

Zu den in der Liste enthaltenen Werten möchte ich Ihnen noch einige ergänzende Informationen geben.

Bei den Bußgeldern und den Gebühren für Verkehrsordnungswidrigkeiten hatten wir den Ansatz gegenüber dem Jahr 2010 bereits von 1,2 Mio. € auf 1,4 Mio. € angehoben. Nach der Einnahmeentwicklung des 1. Halbjahres gehen wir davon aus, dass wir 1,6 Mio. € vereinnahmen werden. Hier macht sich die im vergangenen Jahr bei Schloss Elsum in Wassenberg eingerichtete zusätzliche stationäre Messanlage ebenso bemerkbar wie die verstärkten mobilen Messungen nach dem Kauf einer weiteren Messeinrichtung. Es kommt hinzu, dass demnächst auch die stationäre Messanlage zwischen Erkelenz und Uevekoven, die der Kreistag kürzlich beschlossen hat, eingerichtet sein wird.

Den etwas steigenden sonstigen Ordnungsamtsgebühren stehen auch etwas höhere Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen des Ordnungsamtes gegenüber.

Nicht erreichen werden wir den Ansatz nach der Entwicklung im 1. Halbjahr bei den Verwaltungsgebühren der Kreispolizeibehörde. Das Fachamt erwartet bei den Gebühren für Transportbegleitungen bei angesetzten 20.000 € lediglich Einnahmen von 10.000 €.

Bei den Schülerfahrtkosten kommt es hingegen zu einer Haushaltsentlastung. Das Amt für Schule, Kultur und Weiterbildung hat beim Kreisgymnasium, bei den drei Berufskollegs und bei der Janusz-Korczak-Schule einen Wenigeraufwand ermittelt, der sich auf 59.200 € summiert.

Bei der Kreismusikschule werden wir den Ansatz für die Entgelte wohl um 20.000 € verfehlen. Dem stehen allerdings in nahezu gleicher Höhe Mehrerträge aus Kostenerstattungen und aus der Mehrbelastung für die Sonderkreisumlage, die wir von den Kommunen erheben, aus denen die Nutzer der Einrichtung kommen, gegenüber.

Ein Mehraufwand hat sich im Bereich der Straßen ergeben. Die teilweise Abstufung der K 27 von einer Kreisstraße zur Gemeindestraße (Länge 2,186 km) im Bereich der Stadt Übach-Palenberg führt zu einer nicht eingeplanten außerordentlichen Abschreibung von 199.000 €. Hier muss die Auflösung eines Sonderpostens für

gewährte Zuweisungen von 115.400 € gegengerechnet werden, so dass netto eine Haushaltsbelastung von 83.600 € verbleibt.

Zu Verbesserungen gegenüber der Haushaltsplanung kommt es auch unter Berücksichtigung der Entwicklung bei der Kapitalertragssteuer bei den Gewinnen der Versorgungsunternehmen, an denen der Kreis Heinsberg beteiligt ist. Der Mehrertrag bei den Kreiswerken liegt bei rd. 33.000 €. Rund 94.000 € Mehrertrag hat unsere Beteiligung an der EWV gebracht.

Die Kosten für den ÖPNV wurden von uns um rd. 927.000 € zu hoch veranschlagt. Grundlage für die Haushaltsplanung war das im Aufsichtsrat der west am 2. Dezember 2010 vorgestellte voraussichtliche Ergebnis des Verkehrsverlustes, das mit einem Verlust von rd. 4,7 Mio. € angegeben wurde. Der im Frühjahr 2011 festgestellte endgültige ÖPNV-Verlust lag schließlich bei knapp 3,8 Mio. €. Hier ergaben sich beim Jahresabschluss der west einige positive Sondereffekte, z. B. einen Mehrertrag aus einer steuerlichen Außenprüfung, eine geringere Zuführung zur Altersteilzeitrückstellung sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen und der Abrechnung für den Aachener Verkehrsverbund (AVV) für das Jahr 2009. Das deutlich verbesserte ÖPNV-Ergebnis wurde der Verwaltung so spät bekannt, dass es bei der Haushaltsplanung nicht mehr berücksichtigt werden konnte. Auf die Erstattung dieser Verbesserung an die Städte und Kommunen zielt der CDU-Antrag ab, über den unter TOP 3 der heutigen Sitzung beraten wird.

Eine Reihe von Verschiebungen deuten sich auch im sozialen Bereich an. Wie eingangs bereits dargestellt, lassen sich die voraussichtlichen Jahresergebnisse auf der Grundlage der Entwicklung in den zurückliegenden sechs Monaten relativ sicher prognostizieren.

So geht das Sozialamt davon aus, dass die Kosten der vom Kreis zu tragenden Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem SGB II 34.560.000 € betragen werden. Das wäre eine Verbesserung von zunächst 440.000 €. Bei dem zunächst für die Planung angenommenen Erstattungssatz des Bundes von 24,5 % sinken allerdings die Erträge um 107.800 €. Außerdem ergibt sich bei den sonstigen Aufwendungen nach dem SGB II ein um 392.300 € höherer Zuschussbedarf. Unter dem Strich ist die

Entwicklung in diesem Bereich bei einem Minus von ca. 60.000 € als stabil zu bezeichnen.

Im Frühjahr 2011 ist es im Übrigen zu einer Reform des SGB II gekommen. Zur Finanzierung des dabei entwickelten Bildungs- und Teilhabepakets zahlt der Bund weitere insgesamt 11,3 % der Kosten für Unterkunft und Heizung. Für uns bedeutet das einen nicht veranschlagten Ertrag von 3.905.280 €. Die genaue Zusammensetzung des Bildungs- und Teilhabepakets haben wir im dritten Blatt der Tischvorlage dargestellt. Wir gehen davon aus, dass letztlich den Mehrerträgen bis auf die dargestellten rd. 165.000 € auch entsprechende Mehraufwendungen gegenüberstehen werden. Entsprechende Richtlinien, wie die Mittel zu verwenden sind, liegen inzwischen vor. Ggf. kann Frau Machat zu diesem Komplex ergänzende Erläuterungen geben.

Nach wie vor steigende Tendenz wird in den übrigen großen sozialen Bereichen erwartet. Der Zuschussbedarf im Bereich der Grundsicherung wird wohl um rd. 340.000 € steigen. Bei der Hilfe zur Pflege wird ein zusätzlicher Bedarf von rd. 392.000 € erwartet. Auch bei den sonstigen Leistungen nach dem SGB XII, gemeint ist hier z. B. die Hilfe zum Lebensunterhalt, steigen die Aufwendungen, u. Z. um wohl rd. 110.000 €. Schließlich ergibt sich auch beim Pflegewohngeld ein zusätzlicher Aufwand, der vom Fachamt mit 463.000 € beziffert wird.

Insgesamt ergibt sich in der Addition im sozialen Bereich eine zusätzliche Belastung von rd. 1.365.000 €. Weitgehend kompensiert wird dieser Mehraufwand durch einen Mehrertrag beim Anteil des Kreises Heinsberg an der Wohngeldentlastung des Landes für das Jahr 2011. Hier wurden Anfang Juli bei einem Ansatz von 1,6 Mio. € 2.545.360 € bewilligt.

Der bewilligte Betrag entspricht in etwa dem Wert, den wir eigentlich auch für das Vorjahr erwartet haben. Dem Kreis Heinsberg wurden allerdings damals lediglich knapp 400.000 € bewilligt. Wie Sie den Erläuterungen zu TOP 3 entnehmen können, hat der Kreis Heinsberg gegen diese Festsetzung inzwischen Klage beim Sozialgericht in Köln erhoben. Die Verwaltung ist zuversichtlich, dass es hier zu gegebener Zeit zu einer entsprechenden Nachzahlung kommen wird.

Auch der Bereich des Jugendamtes wurde überprüft. Hier wird zwar ein um 500.000 € höherer Aufwand erwartet. Allerdings nehmen wir nach den endgültigen Zahlen aus dem Finanzausgleich auch rd. 400.000 € mehr Jugendamtsumlage ein.

Damit bin ich beim Finanzausgleich. Wie Ihnen bekannt ist, haben wir bei der Haushaltsplanung die Orientierungsdaten des Landes anwenden müssen, weil belastbare Werte seinerzeit nicht vorlagen. Inzwischen sind die maßgebenden Werte festgesetzt. Die Tatsache, dass die Kreisumlagegrundlagen letztlich nicht so stark gefallen sind wie bei der Planung angenommen, führt zu einem Mehrertrag bei der allgemeinen Kreisumlage von rd. 3 Mio. €. Allerdings sind weitere Auswirkungen im Finanzausgleich ein Wenigerertrag bei den Schlüsselzuweisungen von rd. 1,1 Mio. € und ein Mehraufwand von rd. 900.000 € bei der Landschaftsumlage. Unter dem Strich hat sich der Bereich des Finanzausgleichs damit für den allgemeinen Haushalt gegenüber der Planung um gut 1 Mio. € verbessert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass nach derzeitigen Erkenntnissen eine Haushaltsverbesserung von etwa 2 Mio. € erwartet werden kann.

Wenn im Sinne des unter TOP 3 zu beratenden CDU-Antrages die Verbesserung bei den ÖPNV-Kosten von rd. 927.000 € an die Kommunen erstattet wird, verbliebe eine Verbesserung von gut 1 Mio. €.

Diese wiederum würde im Jahresabschluss 2011 dazu führen, dass die eingeplante Entnahme aus der Ausgleichsrücklage von 3.845.000 € entsprechend niedriger ausfallen wird.

Abschließend noch ein Wort vom investiven Bereich. Hier wurden von den Fachämtern keine berichtenswerten Veränderungen mitgeteilt.